

Im Rahmen der Hauptversammlung der Aluminiumwerk Unna AG am 28.08.2026 in Unna wurde aus dem Kreis der Aktionäre der Wunsch geäußert, neben dem bereits auf alunnatubes.com veröffentlichten Jahresabschluss der Gesellschaft nebst dem vollständigen Lagebericht für das Jahr 2025, auch die aktuelle Rede des Vorstands der Aluminiumwerk Unna AG auf der Hauptversammlung inklusive der aktuellen Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung öffentlich zugänglich zu machen. Diesem Wunsch kommen wir hiermit gerne nach.

Bericht des Vorstands Dr. Gerhard Schroeder anlässlich der Hauptversammlung der Aluminiumwerk Unna AG am 28.08.2026

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Aktionäre,

auch ich möchte Sie zur heutigen Hauptversammlung begrüßen. Mein Name ist Dr. Gerhard Schroeder. Seit mehr als einem Jahr bin ich Ihr Vorstand der Aluminiumwerk Unna AG.

Rückblickend auf meinen Bericht vom letzten Jahr kann ich Ihnen leider wenige gute Neuigkeiten über die wirtschaftliche Situation in Deutschland mitteilen. Nach den zwei Jahren Rezession in 2023 und 2024 stieg das Bruttosozialprodukt im Jahr 2025 inflationsbereinigt in Deutschland nur um 0,2%. Personen mit Kenntnissen in der Prozentrechnung wissen, dass das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung in 2025 noch immer unter dem vom Krisenjahr 2023 liegt. „Wachstum“ von 0,2% hin oder her. Verglichen mit dem durchschnittlichen Wachstum in der Europäischen Union von 1,6% befindet sich Deutschland eher in der Nähe der roten Laterne. Auf anderen Kontinenten, wie z.B. in den USA, wuchs die Wirtschaft in 2025 noch schneller mit 2,1%. In Indien, dem Subkontinent mit den zurzeit höchsten Wachstumsraten, wurde sogar ein Wirtschaftswachstum von 7,4% ermittelt. Das weltweite Wachstum betrug im Jahr 2025 2,8%. D.h. insbesondere Deutschland performt extrem unterdurchschnittlich, bis schlecht.

Ein Grund dafür könnte die schwache industrielle Produktion sein. Im Jahr 2025 sank in Deutschland die Industrieproduktion um weitere 0,8%. Während im gleichen Jahr in Europa die Industrieproduktion um 1,5% stieg. Für das Jahr 2026 erwartet man ein Nullwachstum, weniger euphemistisch ausgedrückt: es ändert sich an der dramatischen Lage nichts. Denn seit dem Höhepunkt im Jahre 2017 ist die Industrieproduktion um insgesamt 19% geschrumpft. Der Anteil der auf energieintensive Industrien zurückzuführen ist, reduzierte sich sogar um 22%. Das derzeitige Produktionsniveau der energieintensiven Industriezweige liegt heute sogar unter dem einschneidenden Rücksetzer des ersten Corona-

Lockdowns im Jahr 2020. Bei so einem Rückgang der Industrieproduktion kann man tatsächlich schon von einer Deindustrialisierung Deutschlands sprechen.

Deutschland befindet sich also weiter im wirtschaftlichen Abwärtstrend. Beispielsweise stieg die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen auf das höchste Niveau seit 20 Jahren. Die neue Bundesregierung konnte bisher keine entscheidenden Akzente zu einer Trendumkehr setzen. Herr Merz begann mit einem Fehlstart, dieser wurde dann im letzten Sommer zu einem Stolperstart. Jetzt hat man schon Angst, dass allein die Ziellinie nicht mehr erreicht wird.

Die unterdurchschnittlichen Wachstumsraten deuten auf hausgemachte Probleme hin. Mit den oft genannten geopolitischen Spannungen kommen scheinbar viele andere Länder in der Welt besser klar als wir. „Brüssel ist schuld!“ funktioniert auch nicht, denn die Wirtschaft in vielen anderen EU-Ländern wächst schneller als in Deutschland. Ich denke, es liegt eher an den Deutschland-spezifischen Problemen, wie der hohen staatlichen Abgabenlast, den im Vergleich zu anderen Staaten hohen Energiekosten und der überbordenden Bürokratie. Zu den neugeschaffenen Bürokratiemonstern wie CBAM oder der Verpackungsverordnung, die uns noch in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen wird, möchte ich heute aus Zeitgründen nicht weiter ausführen.

Die größere Bedrohung für unser Unternehmen ist die Energieversorgung in der Zukunft. Am 21.02.2026 lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher bei 20,5%. Ab 20% beginnt zwar noch keine Gasmangellage, aber es kann aufgrund des geringen Restdrucks in den Speichern nicht mehr mit der vollen Kapazität gespeichert werden. Es drohten also in diesem Winter Restriktionen beim Bezug von Gas für unsere Produktion. Nur durch den Wetterumschwung ab Mitte Februar hin zu milden Temperaturen kam es nicht zu einer Eskalation der Lage. Wir wären als Großabnehmer von Gas verpflichtet gewesen, bei entsprechenden Signalen der Versorger den Verbrauch bzw. unsere Produktion einzuschränken. Übrigens, der Speicherstand ist im Moment 15% niedriger als vor genau einem Jahr. So warnte im August der Gasspeicherbetreiber INES vor einer unsicheren Versorgung, falls es im Winter kalt werden würde. Am 18. August hat der Chef der Bundesnetzagentur nun reagiert und rief die Gashändler dazu auf, mit der Einspeicherung von Gas verstärkt zu beginnen. Auch Frau Reiche sieht die Händler in der Pflicht, nun die noch leeren Speicher aufzufüllen. Es bleibt also spannend, zu beobachten, wie die Händler auf diese „Machtwörter“ reagieren werden.

Ähnliches droht uns nun auch beim Bezug von Strom. Die Bundesregierung richtet gerade eine „Sicherheitsplattform Strom“ ein. Ziel ist es, mittelgroße Stromverbraucher bei „persistenten Strommangellagen“ bedarfsweise abzuschalten und so einen Netzausfall zu verhindern. Gemäß den internen

Dokumenten rüstet man sich erstmals auch gegen Stromausfälle von einigen Tagen bis Wochen. So ist es der Presse zu entnehmen.

Wie kann eine solche Mangellage entstehen? Wir haben doch eine Leistung an Wind- und Solarenergie installiert, die knapp dem Dreifachen des Gesamtverbrauchs an einem durchschnittlichen Werktag in Deutschland entspricht. Doch leider gibt es Tage oder Wochen im Spätherbst oder Winter, an denen bei Hochdruckwetterlagen eine dichte Wolkendecke über Deutschland liegt und Windstille herrscht. Jetzt sind steuerbare Kraftwerke, wie Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerke gefragt, um den erforderlichen Strom zu liefern. Doch nach der Stilllegung der Atomkraftwerke sollen beispielsweise in NRW im Jahr 2030 auch die Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden. Die fehlende Leistung der Erneuerbaren kann dann nicht kompensiert werden. Wenn der benötigte Strom auch nicht mehr importiert werden kann, wird man, um einen Blackout des gesamten Stromnetzes zu vermeiden, Verbraucher abschalten müssen. Auch wir würden mit unserer Leistungsentnahme dazugehören und würden von einem sogenannten Brownout voll getroffen. Die deutschen Stromnetzbetreiber warnen vor genau dieser Situation. Am 5. August 2026 informierten sie die Bundesregierung über „mögliche Knappheitssituationen insbesondere im Winter 2030/2031“ durch den geplanten Kohleausstieg.

Dies allein stellt nur die Situation in Bezug auf die Versorgungssicherheit von Energie für unser Unternehmen dar. Gleichzeitig steigen die Energiepreise. Auch wenn Herr Klingbeil es letzten September in Unna nicht wahrhaben wollte: Der Börsenstrompreis stieg vom 1. Halbjahr 2024 zum 1. Halbjahr 2026 um 3,1 ct pro kWh. Dies reduziert zwar die Geldleistungen aus dem Steuertopf auf Grundlage des EEG, aber der Verbraucher bezahlt den nun teuren Strom. Die Betreiber von Solar- bzw. Windkraftwerken werden für ihr erzeugtes Überangebot, das den Strompreis gerade über die Mittagsstunden bis ins Negative drückt, durch das EEG entschädigt. Das kostet den Steuerzahler 16,5 Mrd. Euro jährlich. Dazu kommen noch 3,1 Mrd. Euro pro Jahr für sogenannte Redispatchmaßnahmen, wenn regional aufgrund fehlender Netzkapazitäten erneuerbare Energien heruntergeregelt werden müssen. Dies muss über die Netzentgelte auch vom Stromverbraucher bezahlt werden. Scheinbar schicken Wind und Sonne uns doch eine Rechnung, und zwar eine Ordentliche.

Bei den hohen Investitionen und Ausgaben für die Erneuerbaren Energien müsste wenigstens eine Wirksamkeit in der gewünschten CO₂ Reduzierung spürbar sein. Aber leider belegen wir im europäischen Vergleich nur Platz 21 von 27 beim CO₂-Austoß pro kWh Strom (291 CO₂-e pro kWh, 2024).

Jetzt frage ich Sie, sehr geehrte Aktionäre, wer wird sich bei dieser Situation der Energieversorgung noch in Deutschland ansiedeln? Welche Vorteile würden sich

beispielsweise für die viel diskutierten, energieintensiven KI-Rechenzentren ergeben? Insbesondere dann, wenn als Antwort auf die Probleme noch mehr erneuerbare Energieerzeuger installiert werden sollen. Beispielsweise ist geplant, bis 2030 noch weitere 87 GWpeak Solarleistung zu den vorhandenen 127 GWpeak zu installieren. Wir wissen heute schon, dass diese Leistung im Sommer bei Sonnenschein abgeregelt und im Winter durch andere Kraftwerke ersetzt werden muss.

Zusätzliche Gaskraftwerke, Batteriespeicher oder der Netzausbau werden nur langfristig bei der Versorgungssicherheit helfen. In Bezug auf die Kosten geht es bei dem eingeschlagenen Weg allerdings nur nach oben. Wenn wir beispielsweise Batteriespeicher installieren wollen, die die Dunkelflaute abdecken, benötigen wir Speicher mit der Leistung von 70 GW. Für eine Stunde Leistung wären das 70 GWh. Wenn die Dunkelflaute 24 h anhält, braucht man dann das 24fache. Im Moment sind in Deutschland 35 GWh insgesamt installiert. Die heutigen Kosten für 70 GWh Speicher belaufen sich auf ca. 20 Mrd. Euro. Und weitere 70 GWh natürlich auch wieder 20 Mrd. Euro.

Eine Berechnung der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) für das Handelsblatt war im Frühjahr zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kapazität der aktuell genehmigten Batteriespeicher-Projekte um den Faktor 20 bis 40 erhöht werden müsste, wenn Deutschland allein mit Batterien längere Phasen ohne ausreichende Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen überbrücken wollte.

Auch wegen der hohen Energiepreise ist die deutsche Aluminiumindustrie unter Druck. Der Aluminiumverband Deutschland berichtet, dass die Industrie sich weiterhin im Krisenmodus befindet. Seit dem Jahr 2021 ist kein Wachstum der Produktion zu verzeichnen. Das Produktionsvolumen im Jahr 2025 sank bei den Strangpressprodukten um einen weiteren Prozentpunkt. Im Vergleich zum Jahr 2021 beträgt der Produktionsausstoß durch die rückläufige Entwicklung nur noch 75,9% des ursprünglichen Produktionsvolumens. Das bedeutet also eine Reduzierung des Produktionsvolumens um 24,1% seit 2021. Die geringe Auslastung ist Folge der negativen Entwicklung in den volumenstarken Industrien wie Bau, Automobil und Maschinenbau. Hier hat sich die Nachfrage auch im ersten Quartal 2026 noch nicht erholt. Von den wichtigen Kernmärkten gehen weiterhin keine Impulse aus. Allein im ersten Quartal 2026 gab es bei den Strangpressprodukten einen weiteren Rückgang von 4%. Diese Entwicklung wird auch als Zeichen gesehen, dass die Standortbedingungen im internationalen Maßstab nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Ohne eine spürbare Verbesserung der Standortbedingungen, so der Aluminiumverband Deutschland, ist keine Verbesserung der Situation in Sicht.

Die Unternehmen in der Aluminiumindustrie reagieren mit Stellenabbau in Deutschland und Verlagerung von Produktionsstandorten ins Ausland. Der Präsident, Rob van Gils, warnt weiter: Zitat-Anfang „Wir dürfen das Fundament unserer heimischen Industrie in dieser Umbruchphase nicht aufs Spiel setzen. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland langfristig zu sichern, braucht es verlässliche energie- und industriepolitische Rahmenbedingungen sowie faire Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten“. Zitat-Ende. 76% der Unternehmen im Verband halten es für eher nicht oder gar nicht möglich, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen und gleichzeitig industrielle Produktion in Deutschland zu erhalten.

Durch das strukturelle Defizit bei der Primäraluminiumproduktion und der steigenden Nachfrage in den Kundenmärkten nach Recyclingaluminium kommt es zu einer Verknappung der vorhandenen Aluminiumschrotte auf dem Markt. Fast alle Marktteilnehmer berichten über steigende Preise. Diese Entwicklung war bereits im letzten Jahr vorherzusehen. Da Aluminiumschrotte in die USA zollfrei eingeführt werden dürfen, tauchte nun ein weiterer Interessent in Europa auf, der den Abfluss der Schrotte weiter beschleunigte. Bei seinem Besuch in Unna am 7. September 2025 übergab ich dem Bundesfinanzminister die Forderung nach dämpfenden Maßnahmen, damit unsere Ressourcen für die Produktion umweltfreundlicher Aluminiumprodukte in Europa und Deutschland bleiben. In seiner Antwort wurde auf die Beobachtung und systematische Erfassung der Metallexporte, darunter auch Aluminium, verwiesen. Aus dem Lagebild soll die EU-Kommission Vorschläge unterbreiten. Ich meine, dass andere Länder in der Welt beim Schutz ihrer heimischen Wirtschaft konsequenter vorgehen. Bisher wurden keine Aktionen bezüglich des Schrottabflusses seitens der Politik unternommen.

Auch in unserer Stadt Unna müssen wir weiter mit den vorgegebenen Standortbedingungen leben. Der angehobene Gewerbesteuersatz gilt nun für uns. Unna gehört nun zu den (Zitat der IHK) „bundesweiten Top50 Hochsteuerkommunen“. Durch die höheren Steuerzahlungen fehlt uns nun das Geld für weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung oder Investitionen in moderne Anlagen zur Produktivitätssteigerung.

Um das Bild einer Hochsteuerkommune komplett zu machen, hat die Stadt Unna im Rahmen der Grundsteuerreform die Hebesätze weiter angehoben. Mit dieser Anhebung liegt man nun auf Platz 9 im bundesweiten Ranking der höchsten Hebesätze.

Interessanterweise ist jetzt aus der Zeitung zu erfahren, dass das Bauamt der Stadt Unna als „Problembehörde“, ich zitiere die Zeitung, „nun Bauanträge in 90 Tagen genehmigen kann“. Der Beigeordnete Wiggerich berichtet stolz über seine

Fortschritte, denn die Anträge für große Sonderbauten werden seit 2023 vom Kreis Unna und nicht mehr von der Stadt Unna bearbeitet. Von einer Top50 Hochsteuergemeinde bei der Gewerbesteuer und Top10 bei den Hebesätzen der Grundsteuer hätte man sicherlich den Service einer Baugenehmigung in dieser Zeitspanne als selbstverständlich betrachtet. Dies nun als besondere Leistung herauszustellen, hinterlässt beim Steuerzahler Fragezeichen. Insbesondere dann, wenn noch nicht erledigte Anträge weiter vor sich hin schmoren.

Seit über 110 Jahren ist die Aluminiumwerk Unna AG nun Anrainer des Uelzener Wegs. Unser Gelände befindet sich hauptsächlich auf Industriegebiet, womit auch klar industrielle Produktion am Standort definiert ist. Über die Jahrzehnte ist nun die Stadt im Zuge des Wachstums vor seine Tore gezogen. Anwohner siedeln sich immer dichter an unser Werksgelände an. Auch Baulücken am Uelzener Weg wurden in den letzten Jahren erschlossen und damit die Siedlungsdichte weiter erhöht. Somit müssen wir uns mit den gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen. Der tägliche LKW-Verkehr zur Versorgung unseres Industriebetriebes bereitet nämlich den Anwohnern mehr und mehr Probleme. Denn entlastende Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel die „Ostumgehung“, sind in der Vergangenheit nicht umgesetzt worden. Somit fließt unser gesamter LKW-Verkehr über den Uelzener Weg. Die Anwohner reagieren mit ihrer eigenen Lösung zur Einhegung des verhassten Verkehrs und parken ihre Autos auf der Straße, so dass teilweise nur noch Einspurverkehr für beide Fahrtrichtungen möglich ist. Neben gefährlichen Situationen für Radfahrer und Ausparker, kommt es beispielsweise während der Müllabfuhr zum totalen Verkehrskollaps. Vermutlich hätten dann auch Rettungsfahrzeuge Schwierigkeiten, unser Gelände im Notfall schnell zu erreichen. Die Stadt verteidigt die eigenmächtige Verkehrsberuhigung der Anwohner als starkes Zeichen der Demokratie und spricht zu unserem Bedauern kein Halteverbot tagsüber aus. Es wurde von der Stadt ein Vorschlag zur Verlegung der Parkplätze auf den Grünstreifen vorgestellt. Dieser beinhaltet allerdings, dass weiterhin Autos auf der Straße geparkt werden dürfen, jetzt aber auf der anderen Fahrbahnseite. Dies lässt tief in den industriepolitischen Ansatz der Stadtführung blicken. Die Steuern werden gern auf Topniveau eingezogen. Im Gegenzug macht man das Leben der steuerzahlenden Unternehmen in der Stadt immer schwerer. Zum Glück regt sich weitere Opposition aus dem benachbarten Uelzen-Mühlhausen. Die dortigen Anwohner müssen aufgrund der schwierigen Infrastruktursituation auch durch den Uelzener Weg in Richtung Stadt und sind mit den gleichen Problemen konfrontiert. Es bleibt zu hoffen, dass in dem FSO-Ratsausschuss eine gute Lösung für alle gefunden wird.

Dies wären meine Ausführungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und zur Standortqualität in Deutschland und insbesondere in Unna. Es folgt der Bericht zum Jahresabschluss 2025 der Aluminiumwerk Unna AG.

Im Geschäftsjahr 2025 sank die Absatzmenge auf 7.506 t von Press- und Ziehprodukten. Die Menge lag somit 11,7% unter dem Vorjahreswert und zeichnet den beschriebenen allgemeinen Negativtrend in der Wirtschaft nach.

Schon im Mai 2025 war bereits abzusehen, dass das aufgestellte Budget aufgrund von unvorhersehbaren Entwicklungen nicht zu erreichen war. Fest budgetierte Projekte entwickelten sich nicht wie vorhergesehen. Dies lag zum Teil an der fortgesetzten Insolvenz eines OEMs in der Motorradindustrie. Auch der Produktionsanlauf bei Boeing verlief schleppender als erwartet. Hohe Lagerbestände bei unserem Kunden mussten erst verarbeitet werden. Außerdem ging die schwierige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland nicht an uns vorbei. Insbesondere bei Produkten für den Maschinenbau gingen die Aufträge weiter zurück. Der Aufsichtsrat wurde in seiner Sitzung vom 27. Mai 2025 darüber informiert. Absprachegemäß wurde im Anschluss ein aktualisiertes Budget für das Jahr 2025 vorgestellt und genehmigt.

Durch die gesunkene Absatzmenge reduzierte sich auch der Umsatz der Gesellschaft auf 118,8 Mio. Euro. Dies entspricht einer Reduzierung um 2,16%. D.h. ein Teil des weggefallenden Geschäfts konnte durch im Vergleich zum Vorjahr höherpreisige Produkte ersetzt werden.

Der Umsatzanteil für Luftfahrtprodukte fiel von 32% auf 28% im Jahr 2025. Ursache dafür war hauptsächlich die Boeing-Krise im Jahr 2024. Die Lagerhäuser hatten im Jahr 2025 mit enormen Lagerbeständen zu kämpfen und platzierten deshalb keine weiteren Aufträge. Für das Jahr 2026 sehen wir eine Entspannung der Lage und wieder eine rege Auftragsstätigkeit für den Boeing Bedarf. Die Nachfrage nach Rohren für wehrtechnische Anwendungen blieb auch im Jahr 2025 weiterhin hoch. Der Umsatzanteil für den Maschinenbau stieg aufgrund der hohen Nachfrage im Anlagenbau. Beispielsweise steigt nach 15 Jahren Pause wieder die Nachfrage nach Rohren für Urananreicherungsanlagen. Im Bereich Fahrzeugbau stieg der Umsatzanteil von 23% im Jahr 2024 auf 27% im Jahr 2025. Der Rückgang des Umsatzanteils im Bereich Zweirad ist auf die negative Entwicklung bei einem Endkunden zurückzuführen.

Der Umsatz nach Regionen hat sich im Jahr 2025 nicht substantiell verändert. Hauptmarkt bleibt für uns Nordamerika mit einem Anteil von 36,7%. Der Umsatzanteil des deutschen Marktes liegt bei 23,3%. Der Anteil der anderen EU und Nicht-EU Länder ist mit 25,3% und 14,8% dagegen relativ konstant geblieben. Die Nachfrage aus Deutschland ist aufgrund des schlechten Investitionsklimas weiterhin gestört. Wir können auf langjährige Kunden mit

ihren in der Vergangenheit stabilen Geschäften nicht mehr zählen. Die Nachfrage aus den USA bleibt deshalb für uns ein Stabilitätsanker. Die wichtigsten Märkte in den USA sind die Luftfahrtindustrie, der Anlagenbau und die Automobilindustrie. Wir sehen weiterhin von dort eine starke Nachfrage nach unseren Produkten. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass die Kapazitäten der heimischen Hersteller nicht ausreichen. Kunden nehmen längere Lieferzeiten und höhere Preise in Kauf, um überhaupt akzeptable Ware zu erhalten.

Die Einführung der US-Strafzölle gemäß Artikel 232 im Jahr 2025 für Stahl und Aluminium hat diesen Trend nicht gebrochen. Bei einigen Kunden sehen wir mittlerweile aufgrund der hohen Preise eine Kaufzurückhaltung. Andererseits konnten wir zusätzliche Geschäfte in der Automobilindustrie und der Luft- und Raumfahrt gewinnen. Der Strafzoll wird auf alle Geschäfte berechnet und muss von den US-Kunden bezahlt werden. Seit dem September 2025 wurden Ausnahmen beispielsweise für die Verteidigung und Luftfahrtanwendungen eingeführt. Allerdings müssen vielfach noch die bürokratischen Hürden für die Umsetzung von den US-Kunden erfüllt werden. Leider hat der sogenannte Zolldeal vom 27. Juli 2025, auch bekannt als Turnburry-Abkommen, nicht zu einer Reduzierung der Zollsätze für die Einfuhr von Aluminium in die USA geführt. Das Abkommen wurde am 1. Juli 2026 mit einer EU-Verordnung in europäisches Recht umgewandelt. Aluminium und Aluminiumprodukte findet man dort auf der Liste für die zollfreie Einfuhr in die EU.

In dieser schwierigen handelspolitischen Situation helfen das hohe Ansehen und die internationale Reputation der Aluminiumwerk Unna AG als zuverlässiger Lieferant hochqualitativer Aluminiumrohre. Hier konnten wir uns einen enormen Vertrauensvorschuss im Markt erarbeiten. Die Kunden sind dadurch auch bereit, höhere Preise zu akzeptieren, die durch unser Umfeld wie Energiekosten, Steuern, Löhne, Bürokratieaufwand und eben auch Zölle verursacht werden. Dieser Ansatz wird konsequent weiterverfolgt. Unsere Zertifizierungen im Bereich der Luftfahrtprodukte werden wir weiter aufrechterhalten und bei Bedarf weiter ausbauen. Dadurch sind unsere Produkte durch in der Luftfahrtindustrie voll akzeptierte Prozesse hergestellt und verifiziert, was uns zu einem gefragten Player im Weltmarkt macht. Insbesondere die wachsenden Luftfahrtindustrien in China und Indien können wir durch die gewachsene Reputation bereits im Anfangsstadium sehr gut unterstützen.

Um diesen Qualitätsstandard auch in der Zukunft zu halten, benötigen wir gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter. Zum Ende letzten Jahres waren insgesamt 440 Mitarbeiter beschäftigt. Eine besondere Herausforderung ist das Management des Generationswechsels. Viele Mitarbeiter aus der Boomer-

Generation scheiden aus dem Arbeitsleben aus. Neue Mitarbeiter müssen die Aufgaben übernehmen. Hier benötigen wir möglichst lange Übergangsphasen für den internen Transfer von Know-how, um die absehbaren Vakanzen wieder zu besetzen.

Mit dem Start des Ausbildungsjahres 2025 hat das Unternehmen auch mit der Ausbildung von gewerblichen Berufen, wie Industriemechaniker und Elektriker, begonnen. Wir setzen damit auf die Ausbildung von internem Nachwuchs, der die betrieblichen Gegebenheiten von Anfang an kennengelernt hat. Im Jahr 2026 werden wir mit der Einstellung von neuen Auszubildenden aussetzen, da die eigentliche Ausbildungswerkstatt noch nicht fertiggestellt ist. Mit der erteilten Genehmigung des Aufsichtsrates für den Ausbau der Halle 15 werden wir nun eine schöne Ausbildungswerkstatt fertigstellen. Sie wird dann hoffentlich zu Beginn des nächsten Ausbildungsjahres den Auszubildenden zur Verfügung stehen.

Nach der Pandemie-Periode verbunden mit vielen Einschränkungen haben wir für alle Mitarbeiter einige Incentivierungsinitiativen gestartet. Wir bieten nun seit 3 Jahren tägliche kostenlose Obstkisten an, die uns ca. 10.000 Euro pro Monat kosten. Kostenloser Kaffee ist seit diesem Jahr auch verfügbar. Es gibt kostenlose T-Shirts oder Fitnessstüben insbesondere zum alljährlichen Firmenlauf. Bei Gelegenheit kommt ein Foodtruck für kostenloses Essen vorbei. Sukzessive werden die Pausenbereiche für die Mitarbeiter verbessert. In der Halle 15 wird ein zentraler Pausenbereich für die Mitarbeiter entstehen, wo auch abteilungsübergreifende Kommunikation das Gemeinschaftsgefühl der Mitarbeiter stärken soll.

Ein Highlight für die Mitarbeiter ist die alljährliche Weihnachtsfeier inklusive der bewährten Geschenktüte.

Das eingeführte Employee Assistance Program (EAP) soll die Mitarbeiter bei ihren betrieblichen, privaten und gesundheitlichen Problemen unterstützen. Ebenfalls läuft der Support durch das Betriebliche Eingliederungsmanagement weiter, bei dem in Gesundheitsfragen Hilfestellung angeboten wird. Weiterhin unterstützen wir das Leasing von Fahrrädern mit unserem Partner Businessbike. Die bewährte Altersteilzeit für ältere Mitarbeiter wird, wenn möglich, angeboten. Allerdings machen die Rentenpläne der Bundesregierung mit der Streichung der vorzeitigen Rente nach 45 Arbeitsjahren die derzeitige Planung nicht leicht. All diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass wir unsere qualifizierten Mitarbeiter an uns binden und die Fluktuationsquote weiterhin bei 1% halten.

Im Jahr 2025 konnte die Aluminiumwerk Unna AG einen Ertrag vor Steuern und periodenfremden Aufwendungen von 20,54 Mio. Euro erwirtschaften. Damit

sank aufgrund der geringeren Absatzmenge der operative Gewinn vom Vorjahr um 2,19 Mio. Euro. Die Vorgabe aus dem aktualisierten Budget wurde mit diesem Ergebnis übertroffen. Dank gilt hier allen Beteiligten, die dieses hervorragende Ergebnis trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage in Deutschland erreicht haben.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres produzierte das Werk so wie im Budget festgelegt. Durch die hohe Nachfrage nach gezogenen Rohren arbeitet der Rohrzug und die Fertigmacherei an der Kapazitätsgrenze, während das Presswerk noch freie Kapazitäten am Markt kurzfristig anbieten kann. Der geplante Umsatz für das Jahr 2026 liegt bei 123,5 Millionen Euro. Zusätzliches Geschäft erwarten wir aus den Bereichen Raumfahrt, Verteidigung, Antriebswellen und Nukleartechnik. Eine grundsätzliche Veränderung des Produktmixes wird nicht geplant, da eine Belebung in den Bereichen Maschinenbau und Handel sich nicht abzeichnet. Die Materialbeschaffung und die Energieversorgung sind bereits für das gesamte Jahr durch entsprechende Lieferverträge abgesichert. Im Vergleich zum Jahr 2025 wird mit einer leichten Steigerung des Ergebnisses nach Steuern gerechnet. Nach derzeitigem Stand kann dies auch erreicht werden.

Durch die Blockade der Straße von Hormus waren für die Aluminiumproduzenten am Persischen Golf die Handelswege für deren Produkte plötzlich abgeschnitten. Der LME-Wert stieg als Folge dessen bis auf 3.900 US-Dollar pro Tonne. Ebenfalls erhöhte sich die Bolzenprämie auf 1.200 US-Dollar pro Tonne. Für die Gesellschaft bestand zu keiner Zeit eine Knappheit an Aluminium-Rohmaterial. Wir haben unsere Lieferantenbasis in Europa und sind bei der Bolzenversorgung durch langfristige Lieferverträge abgesichert. Die gestiegenen Rohmaterialkosten werden an unsere Kunden gemäß den individuellen Vereinbarungen weiterbelastet.

Im Geschäftsjahr 2025 hat die Aluminiumwerk Unna AG 9,43 Mio. Euro in das Anlagevermögen investiert. Der Weg zur weiteren Modernisierung und Kapazitätserweiterung ist notwendig, um auch in Zukunft den Märkten zuverlässig Produkte anbieten zu können. Der Umzug der Instandhaltung in die Halle der ehemaligen Presse 108 wurde im Frühjahr 2026 abgeschlossen. Jetzt muss die Struktur der Halle 5 erneuert werden, bevor wir dann dort zusätzliche Maschinen installieren können.

Bei unserer Presse 111 müssen weiterhin wesentliche Strukturteile ausgetauscht werden. Während der letzten Instandsetzung wurden einige Teile mit detektierten Rissen geschweißt. Doch die Haltbarkeit der hochbelasteten Teile ist beschränkt. Im Mai dieses Jahres war beispielsweise eine wichtige Zugstange wieder so stark angerissen, dass eine Notreparatur unumgänglich war. Unsere

Presse 110 ist ebenfalls in die Jahre gekommen und muss langfristig durch eine neue Presse ersetzt werden. Den genehmigten Ausbau der Halle 15 habe ich bereits erwähnt. Wir versuchen durch die Finanzierung dieser Anlagen auch wieder Fremdkapital der Gesellschaft zuzuführen. Wir sind davon überzeugt, den finanzierenden Banken mit unserem erfolgreichen Unternehmen eine lukrative Möglichkeit zu bieten.

Nach meiner doch etwas kritischen Betrachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland fragen Sie sich bestimmt, sehr geehrter Aktionär, warum solch hohe Summen in das Unternehmen investiert werden.

Gern würde ich dies mit einem Zitat von Martin Luther beantworten: „Wenn ich wissen würde, dass morgen die Welt unterginge, würde ich noch heute einen Apfelbaum pflanzen.“ Leider zeigt die Recherche, dass das Zitat nicht von Martin Luther ist. Soviel zu den Gewissheiten aus den Kindertagen...

Wie auch immer: Wir, das Managementteam der Aluminiumwerk Unna AG, glauben weiterhin an den Erfolg des Unternehmens und sind davon zutiefst überzeugt. Trotz der immer schwierigeren Rahmenbedingungen in Deutschland sehen wir sehr gute Erfolgschancen mit unseren Produkten auf dem Weltmarkt. Wir sind sehr zuversichtlich, dass unsere Kunden weiterhin unsere Qualität und Service schätzen werden. Die Produkte werden ihre Daseinsberechtigung behalten. Dazu muss der Investitionsstau der letzten Jahre im Werk weitestgehend aufgelöst werden, damit das Unternehmen auch schwierige Zeiten in den nächsten Jahrzehnten überstehen kann. Mit den sehr guten Ergebnissen der letzten Jahre haben wir aber eine Grundlage gelegt, das Werk weiter für die Zukunft auszubauen und zu modernisieren.

Deshalb auch weiterhin: Alle Kraft voraus!

Gerhard Schroeder

28.08.26